7,30

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



6 frankfurt
homburger str. 36
tel. 0611/774696

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:
1 berlin
links-unten red.
tel. 8511344

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang.stud.gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol.buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABO 5,-

ERSCHEINT WÖCHENTLICH nr. 18 11.1.1974

INLAND

AUSLAND

DOKUMENTATION

LETZTE MELDUNG

berlin — strafanzeige wegen versuchter tötung und unterlassener hilfeleistung

HAUSMITTEILUNG

UNTERBLIEBENE NACHRICHTEN AUS BERLIN!

2. januar 74 der ID-informationsdienst zur verbreitung unterbliebener nachrichten wird diesem anspruch nicht gerecht. beispiele sind genügend vorhanden.

erklärung von ärzten zur zwangsuntersuchung von ulrike meinhof wurde weggelassen, obwohl eingesendet, anstelle dessen wurde die nachricht von einer demonstration der liga gesetzt. (zu nr. 2)

der wounded-knee bericht der berliner redaktion - eine übersetzung von LNS - wurde nicht abgedruckt, dafür wurde PNS als quelle der nachricht benutzt. (nr. 9)

zwei berichte einer journalisten des spandauer volksblattes zum fall des elisabeth-weiske heims mit gesonderten recherchen wurden nicht abgedruckt. (nr. 13)

zu "fragen des ID-kollektivs zum sponti-treffen in der FU". der bericht wurde für ID berlin gemacht. die redaktion hatte damit keine sprachschwierigkeiten. wenn solche bei den frankfurtern auftraten, so war es ziemlich link, direkt dazu im druck stellung zu nehmen statt anzurufen und erstmal darüber zu diskutieren o.ä.! (nr. 16)

die tatsache, daß die berliner adresse auf dem umschlag der jeweiligen ID-nummer erst ab nr. 6 erschien, obwohl sie von anfang an bekannt war, ist als weitere geringschätzung zu werten!

von uns wurde ein bericht zum brockmann prozeß gemacht, abgedruckt wurde ein blödes papier vom ermittlungsausschuß der RH-berlin (nr. 16)

aus dem "lichtblick" (gefangenenzeitung in tegel) wurde aus einem brief gollwitzers unvollständig zitiert. es ergab sich ein falsches bild dessen was wir sagen wollten. der ganze brief lag zum abdruck vor. (nr. 11)

bei einem bericht über ein fest, wo polizei kam, wurde sich über den begriff bulle erregt. erstens wurde unterstellt, wir hätten den vorgang selbst formuliert und es sei keine information derer, die von den bullen überfallen wurden, gewesen. dann wurde argumentiert, daß das bewußtsein unterschiedlich sei in bezug auf den staatsapparat. wo das bewußtsein gering wäre, müßte man mehr rücksicht nehmen. da heißt es dann polizist und nicht bulle. am telefon wurde gesagt, bulle zu sagen sei pubertär. so kann man seine angst auch rationalisieren.(nr.7)

zur verhaftung von ina wurde im text geändert. stadtguerilla wurde in anführung gesetzt, bankenteignung und der ganze dazugehörige satz einfach hinzugefügt.(nr. 9)

das flugblatt, das genossen nach ina's verhaftung gemacht hatten und das im stadtteil verteilt worden war, wurde nicht abgedruckt, obwohl es schwer war noch zu beschaffen.(zu nr. 10)

ein brief von brigitte asdonk zu den streiks bei ford wurde nicht abgedruckt, endlich mal ein lustvoller beitrag aus der repressionsecke, aus dem knast, aber denkste!(ebenfalls zu nr. 10)

die politische polizei machte eine notstandsübung, wie man ein besetztes haus räumt, die anwohner wurden durch wandanschläge und briefsendungen gebeten sich ruhig zu verhalten, auch wenn z.b. schußähnliche geräusche zu hören seien(!). der text wurde beschafft und nicht abgedruckt. der einsendetermin würde nicht eingehalten, hieß es, obwohl die verzögerung durch das telefon mitgeteilt wurde. (zu nr. 12)

eine reaktion aus dem untergrund auf den brockmann bericht im spiegel wurde zugesandt, nicht abgedruckt. (zu nr. 15)

in einem brief aus frankfurt lesen wir, daß die erklärung zu den anschlägen auf ITT in nürnberg und berlin krach auslöste. von angst ist die rede, und davon, daß man eine angesehene nachrichtenagentur sein (werden) möchte. da kann man natürlich einem so angesehenen unternehmen wie ITT nicht zu nahe treten.(nr. 15)

WIR FORDERN DEN ABDRUCK DIESER KRITIK IN DER KOMMENDEN NUMMER!!

ID-kollektiv berlin

WIR FORDERN DISKUSSION !

der brief der id-genossen aus berlin hat bei uns zu langen und heftigen auseinandersetzungen über den abdruck und die form der beantwortung geführt. auch über die jetzige form bleiben die meinungen geteilt. es ist schon ganz schön schwer, auf die einzelnen punkte nicht einzugehen und sich in den augen der id-leser ins "richtige licht" zu rücken. aber wir meinen doch, daß die aufgezählten sachen formale vorwürfe sind, ohne die inhaltlichen schwierigkeiten aufzuzeigen, und daß am ende einer solchen diskussion nichts weiter als neue vorwürfe und neuer hickhack stehen kann. wir möchten aber doch anmerken, daß wir die meißten der vorwürfe als falsch betrachten.

viel wichtiger erscheint uns der hintergrund auf dem dieser brief entstehen konnte, denn er offenbart uns ein dilemma in dem wir auch hier bei der diskussion von meldungen immer wieder stehen.

die konzeption des id steht bei jedem kritischen artikel zur debatte und das erste abgedruckte selbstverständnis läßt viele fragen offen.

mit dieser konzeption verbunden blieb auch unser verhältnis zu den berlinern ungeklärt, sind sie nun teil des kollektivs oder sind sie eine korrespondentengruppe?

nicht nur dieser brief aus berlin hat dazu geführt, daß wir diese frage in angriff genommen haben, sondern auch deshalb, weil jetzt die ersten anregungen und diskussionsansätze über die id-konzeption von gruppen außerhalb des id's gekommen sind.

um den rahmen zu beschreiben, in dem sich unsere diskussion bewegt, geben wir hier ihre beiden pole wieder.

der einen vorstellung nach soll der id die wiederspiegelung der politischen bewegung durch die berichte praktisch arbeitender genossen leisten, und dadurch, daß alles gedruckt wird, was in die redaktion reinkommt. id würde ein service sein, der sammelt und verteilt, aber bewußt darauf verzichtet, die bewegung zu interpr etieren.

dagegen steht die andere position: weil politische gruppen nicht alles umfassen, was politisch relevante ereignisse sind, müssen wir auch selbst recherchieren. und dazu sollte ein netz von "koorespondenten" aufgebaut werden.

indem wir uns bislang so verständigt haben, daß wir das eine tun wollen, ohne das andere zu lassen, liegt bei der auswahl und/oder bearbeitung des eingesandten materials unser problem bei der gewichtung.

es wäre prima, wenn auch andere gruppen oder individuen aktiv würden und uns ihre vorstellungen von einem alternativen informationsdienst schicken.

nur eine inhaltliche diskusion, die über ein beleidigtes hickhack hinauskommt, wird uns weiterhelfen können.

id-kollektiv, frankfurt

FRANKFURT (ID) DEMONSTRATIONEN GEGEN DAS SCHAH-REGIME

10. januar 74 zur zeit findet der kongreß der vereinigung persischer studenten (CISNU) in frankfurt statt. am mittwoch wurde eine spontane demonstration gegen die todesurteile an persischen patrioten auf außenpolitischen druck des selbsterwählten despoten verboten. die 400 teilnehmer des protestzuges wurden von der kürzlich "verstaatlichten" , seit januar 74 dem innenminister hessens unterstellten polizei brutal zusammengeschlagen. die polizei versuchte vergeblich die zeil und die hauptwache zu räumen, auf der sich zu dieser zeit zehntausende von passanten aufhielten. ratlose jungpolizisten aus der polizeischule mußten bemerkungen von bürgern einstecken, wie z.b. "ihr solltet lieber gruppensex machen" und "ihr spinnt hier rum aus meinem steuergeld".

während die polizei den verkehr über eine stunde lang behindert hatte und die eingänge der kaufhäuser von schlägertrupps aus detektiven und werkschutz blockiert waren, bildeten sich diskussionsgruppen überall, wo hunderte, teils überraschend solidarische diskussionen führten, bei denen es sich zeigte, daß viele bürger nicht nur deshalb diskutierten, weil sie den linken widersprechen wollten sondern auch um sich überzeugen zu lassen. über rezi pahlevi, dem urheber der verdoppelung der rohölpreise, war allerdings weniger die rede, vielmehr ging es um das system im eigenen land.

das demonstrationsverbot wurde von demonstranten und teilen der bürger als duckerei des genscherministeriums vor dem schah bezeichnet. es wurde erneut zur demonstration aufgerufen, die wiederum verboten wurde. deshalb wird am samstag vormittag ein "einkauf mit diskussion" veranstaltet.

BERLIN (ID) VERSCHÄRFTE ISOLIERHAFT GEGEN ULRIKE MEINHOF
(aus der pressemitteilung des anwaltskollektivs eschen, dethloff, preuss, ströbele)

10. dezember die isolierhaft gegen ulrike meinhof ist seit freitag, dem 21.12.73 erneut verschärft worden. sie wurde in der justizvollzugsanstalt köln-ossendorf in einen isoliertrakt, die sogenannte "stille abteilung" - so der anstaltspsychiater dr. götte vor dem berliner kammergericht - verlegt. der trakt steht völlig leer und ist von der übrigen anstalt abgetrennt.

ulrike meinhof war bereits vom 16. juni 72 bis zum 9. februar 73 in diesem trakt verwahrt; ebenso astrid proll vom 15. april bis zum 15. juni 72.

die verteidiger der politischen gefangenen haben diese form der bekämpfung von politischen gegnern bereits mehrfach als eine lautlose aber wirkungsvolle schwerwiegende verletzung der körperlichen integrität und als versuch der vernichtung der persönlichkeit angeprangert. sie haben gegen die verantwortlichen, den justizminister des landes NRW, dr. posser, und den anstaltsleiter, bücker, strafanzeige wegen körperverletzung im amt erstattet.

STUTTGART (ID) BETRIEBSRÄTE UND ÄRZTE PROTESTIEREN GEGEN FOLTER

Ronald Augustin befindet sich seit dem 24.7.73 in u-haft in stuttgart-stammheim, wegen des verdachts der zugehörigkeit zur RAF. er darf mit keinem anderen gefangenen sprechen, vor seine fenster wurde drei .faches gitter angebracht. besuch ist verboten, außer dem der anwälte und seiner verwandten, letztere leben jedoch im ausland. nach jedem besuch seiner rechtsanwälte muß sich augustin völlig ausziehen und mit einem metalldetektor untersuchen lassen.

im juli letzten jahres sind 150 gefangene aus protest gegen ihre lebensbedingungen in den hungerstreik getreten. die angeblichen "rädelsführer" wurden in immer andere gefängnisse verlegt. ulrich Luther wurde in der VZA Freiburg in absolute isolierhaft genommen. man steckte ihn vier wochen lang in einen bunker . briefverkehr mit anderen gefangenen wurde verboten, seine briefe wurden zurückgehalten und jetzt erhielt er pro woche lediglich zwei blatt papier zum schreiben. im dezember , nachdem alle maßnahmen nicht ausreichten, den widerstand und das politische bewußtsein Luthers zu brechen, wurde er nach Rastatt verlegt. hier wurde ihm jegliche besuch verboten, sein kasettenrecorder den er für sprachübungen für seinen fernkurs benötigte ,wurde ihm entzogen.

das komitee gegen die folter an politischen gefangenen in der BRD verteilte vor kirchen in stuttgart einen flugblatt in dem es darauf hinwies daß bereits der XV.Deutsche Evangelische Kirchentag (Düsseldorf juni 73) die isolationsfolter scharf verurteilt hat.unterzeichnet wurde das flugblatt von ärzten der universitätsklinik Tübingen, von rechtsanwälten,betriebsräte, pfarrer ,stadtrat Eberle und kreisverordnete Schieferstein.

HAMBURG (ID) REVISION VON WERNER HOPPE ABGELEHNT

8. januar die beantragte revisionsverhandlung des im juli 72 zu 10 jahren knast verurteilten werner hoppe wurde am 8.1. verworfen. die vertreter hoppes, das hamburger anwaltskollektiv Reinhard/Jacobi wurden dabei bewußz irregeführt.

mitte dezember hatten die anwälte die auskunft bekommen, daß der 5. senat des bundesgerichtshofes zwar im neuen jahr erstmals am 8. januar tage, aber nicht über den revisionsantrag entscheide.

am 7. 1. erkundigten sich die anwälte erneut nach dem termin, um rechtzeitig eine gegenerklärung gegen den antrag der bundesanwaltschaft auf verwerfung der revision einreichen zu können. sie erfuhren, daß jetzt doch der antrag am 8.1. entschieden würde. ein antrag auf vertagung wurde abgelehnt und damit die möglichkeit der anwälte, eine gegenerklärung vorzubereiten.

BERLIN (ID) MEDIZINER KONGRESS

am 19/20. januar findet in berlin ein nationaler kongress statt unter dem thema: "für eine ausreichende medizinische versorgung der werktätigen bevölkerung".

"die im letzten jahr zunehmend geführten kämpfe gegen die gesundheitliche zerrüttung durch die arbeitshetze im betrieb, die miserablen wohnverhältnisse, die verseuchung von luft, wasser und erde erfordern den austausch der bisher gemachten erfahrungen und die beratung darüber, wie der kampf erfolgreich weitergeführt werden kann" heißt es in der mitteilung des initiativkomitees.

der kongress beginnt am 19.1. um 10 uhr im audimax der FU berlin, adresse des sekretariats: klinikum steglitz, Hs 11-stud.vertretung, 1 Bl 45, Hindenburgdamm 30, tel.030/7983424

FREIBURG (ID) EMPÖRUNG ÜBER EINEN VORFALL IN DER FREIBURGER CHIRURGISCHEN POLIKLINIK

november 73 bekannte und nachbarn, die selbst mit dabei waren, berichten im folgenden, was dem 65jährigen rentner pius k. aus freiburg vor ca. einem monat in der chirurgischen poliklinik der freiburger universität passiert ist.

"am abend des 2.10.73 zwischen 20 und 21 h klagte unser nachbar und bekannter, herr pius k., uns gegenüber über große schmerzen in der magengegend. zuerst wollte ich (d.r.) herrn k. nur nach hause begleiten. als er vor lauter schmerzen dazu nicht mehr in der lage war, bat er, einen krankenwagen zu rufen.

wir kennen ihn schon länger und wissen, daß er, was schmerzen angeht, keineswegs zimperlich ist! vor einigen jahren (1970 oder 71) mußte er sich in der hiesigen chirurgischen universitätsklinik einer bauchoperation unterziehen.

kurze zeit nach dem anruf kamen 2 sanitäter (bzw. fahrer) vom malteser-hilfsdienst und luden pius k. in den krankenwagen ein. wir packten etwas wäsche zusammen und fuhren mit. in der ambulanz der chirurgie berichteten wir dem anwesenden arzt, dr. s., von den starken schmerzen unseres bekannten und erwähnten, daß er hier bereits operiert worden sei vor wenigen jahren und von daher noch unterlagen vorhanden sein müßten. dr. s. schob herrn k. in eine der kabinen, kam nach einiger zeit wieder heraus und sagte, er habe den patienten abgehört und könne nichts feststellen. danach wurden noch ein paar andere personen, wahrscheinlich ärzte, zusammengerufen, unter ihnen ein dr. k. nach einer kurzen weiteren untersuchung in der kabine, die wie die erste ausging, wurden wir gefragt, ob herr k. zuviel getrunken habe. wir verneinten das und wiesen daraufhin, daß herr k. gehirnverletzt ist (legten ein attest dazu vor) und nur deswegen etwas schwer verständlich spricht. so spräche er aber immer.

einer der ärzte sagte, daß es jetzt zu spät am abend sei, um noch die alten krankenblätter von der ersten operation heraussuchen zu lassen. wir wurden in herablassender und entwürdigender weise in der ambulanz behandelt, insbesondere dann, als wir gefragt wurden, ob wir denn überhaupt angehörige von herrn k. seien und was uns einfiele, mit dem mann einfach hierher zu kommen, der sei doch offensichtlich betrunken. unserer antwort, daß herr k. unseres wissens überhaupt keine verwandten in deutschland, sondern nur eine schwester in kanada hat und daß wir uns als bekannte seiner angenommen hätten, wurde keinerlei beachtung geschenkt. wir betonten noch, daß es unverantwortlich sei, den mann trotz seiner schmerzen nicht aufzunehmen, da ihn als alleinstehenden niemand die nacht über pflegen könnte. zum abschluß wurde von den ärzten sinngemäß gesagt: heute können wir nichts mehr machen. der mann soll mal ordentlich ausschlafen und morgen früh um 9 uhr wieder kommen. es ist nicht erforderlich, daß nachts jemand bei ihm ist.

gegen unseren ausdrücklichen wunsch mußten wir herrn k. wieder mit nach hause nehmen. wir bestanden darauf, daß ihm zumindest eine gehunfähigkeitsbescheinigung ausgestellt wurde, damit wir wieder einen krankenwagen für die rückfahr bekamen und den kranken nicht in ein taxi zu verfrachten brauchten. während der ganzen zeit in der klinik und auch bei der rückfahrt litt herr k. offensichtlich unter starken schmerzen!

wir bestellten die malteser gleich wieder für den nächsten morgen, an dem ich (s.st.) noch mitbekam, wie sich einer der beiden sanitäter (der, der auch am vorabend dabeigewesen war) erschüttert darüber zeigte, daß herr k. die nacht in diesem zustand zuhause hatte verbringen müssen. obwohl wir beide medizinische laien sind und keine diagnose für herrn k.'s krankheit stellen konnten, waren wir über die abweisung aus der chirurg. universitätsklinik und die uns entgegengebrachte herablassende haltung der ärzte empört. wie wir meinen, hatte die klinik die p f l i c h t, herrn k. aufzunehmen."

wir haben diesen vorfall veröffentlicht, weil wir mit dem betroffenen über die abweisung aus der klinik empört waren, als sie uns davon erzählten. dieser vorfall ist nicht sehr spektakulär. seine veröffentlichung soll alle leute, die von solchen und ähnlichen fällen betroffen sind, dazu ermuntern, sich nicht einfach z.b. wegen mangelnder medizinischer oder juristischer kenntnisse über den mund fahren und einschüchtern zu lassen. erst wenn viele ehemalige patienten ihre negativen erfahrungen mit unserem gesundheitswesen in die öffentlichkeit tragen, wird kritik daran auch akzeptiert werden müssen und dann können die jetzt noch vereinzelten kritiker nicht mehr als querulanten abgestempelt werden. (eine gruppe von medizinstudenten unterstützt von der fachschaft klinik, 78 freiburg, belfortstr. 36)

BERLIN (ID/Westberlin) SENAT WILL 3000 KRANKENHAUSBETTEN STREICHEN

3.januar - in einer der letzten sitzung des berliner abgeordnetenhause s wurde der neue bettennutzungsplan für die berliner krankenhäuser verabschiedet. darin ist die streichung von 3ooo betten aus gründen der kostenersp. arnis vorgesehen. in einer von ärzten verfassten resolution heißt es u.a. dazu: "die reduzierung von krankenhausbetten ist eine einschneidende maßnahme mit auswirkungen auf das gesamte gesundheitswesen, die nur dann verantwortet werden könnte, wenn gleichzeitig bessere einrichtungen und strukturveränderungen geplant und geschaffen werden. Solche pläne liegen konkret nicht vor, und die beteuerungen des senators, daß sie erstellt werden sollen, reichen nicht aus. die vorstellung des senators, durch eine kostenerspamis aufgrund der streichung ein krankenhausmodernisierungsprogramm zu finanzieren, wird abgelehnt als augenwischerei. die modernisierung der berliner krankenhäuser ist kein reformprogramm, sondern eine maßnahme, die selbstve rständlich und längst überfällig ist."

BERLIN (ID) SENAT GEGEN KINDERWOHNGRUPPEN
(flugblatt der trebebambule)

januar 1974 die gruppe trebebambule besteht seit zwei monaten. sie hat zum ziel, kinderwohngruppen (drei erwachsene, fünf kinder) zu machen für kinder, die so stark milieu- und heimgeschädigt sind, daß es für sie keine anderen alternativen gibt. eine wohngruppe besteht schon seit einem monat.- voll legalisiert (einverständnis der erziehungsberechtigten und der sozialarbeiter des jugendamtes). eine zweite gruppe von 7 kindern, die wir zunächst auch privat untergebracht hatten, mußte vor 1 1/2 wochen ins hauptkinderheim (HKH) kreuzberg gehen, weil uns selbst das tägliche essensgeld für sie gestrichen wurde.

weil die finanzierung der trebebambule für 1974 in aussicht gestellt worden war, haben wir zusammen mit drei erziehern vom HKH für die letzten dezember tage folgende forderungen aufgestellt:

1. eigenständigkeit der gruppe im heim, d.h. kein zurückkehren zu den strengen anforderungen der heimordnung
2. uneingeschränkter zugang für die von den kindern akzeptierten bezugspersonen der trebebambule

in einer besprechung mit vertretern vom senat, dem heimleiter und den erziehern wurde uns aber nach zwei tagen bis auf weiteres hausverbot erteilt. allerdings legte man uns nahe, im konfliktfall pädagogische feuerwehr zu spielen.

die kinder, die schon laufend negative erfahrungen mit heimen und erziehern gemacht hatten, widersetzten sich der heimordnung und den vorgesetzten erziehern. montag, den 17.12. kam es zum wiederholten mal zu einem zwischenfall mit

erziehern des HKH. die einzige lösung der heimleitung war, zwei der kinder in die bonnhöfer-nervenklinik zu überweisen und die weitere betreuung der kinder abzulehnen. der leiter von "bonny's ranch" und die zuständige amtsärztin wiesen jedoch die einweisung zurück. die leitung des HKH wollte darauf mit den kindern überhaupt nichts mehr zu tun haben. wir sollten uns doch um gottes willen der kinder annehmen, vielleicht würden wir noch mit ihnen fertig.

wir gingen daraufhin zum senat. die herren waren ebenfalls ratlos und nach zweistündigen sinnlosen diskussionen blieb kein anderer vorschlag als der rücktransport ins HKH. - trotz des gegenteiligen versprechens kamen plötzlich drei bullenwagen, die die kinder in verschiedene heime verfrachten wollten. weil diese aber in einer gruppe zusammenbleiben wollten, liefen sie weg, zurück ins senatsgebäude. als die bullen sie dort einfingen, wurden drei von ihnen in brutalster weise in den wagen verfrachtet.(4 bullen gingen auf einen 15jährigen jungen los). als wir versuchten, die kinder zurückzuholen, wurden wir mit pistolen bedroht. - die vertreter der senatsverwaltung für jugend und sport zogen sich zurück. für sie war die sache anscheinend geregelt.

HAMBURG (ID) SCHWARZE HILFE

10. januar in hamburg hat sich die neue schearze hilfe gegründet ("was heißt neu? nach einer zeit, in der die SHH praktisch nicht mehr bestand, haben alte und neue leute die SHH reaktiviert.")

aus dem konzept:

ein erster und wichtiger schritt dazu ist aktive solidarität mit den genossen, die dem terror am direktesten ausgesetzt sind: im knast, in "erziehungs"anstalten, in "obdachlosen"asylen, in "klapsmühlen"...

die SH hamburg strebt den politischen in allen randgruppen und über diese in allen gesellschaftlichen bereichen (produktion, reproduktion und überbau) an. als bestandteil der internationalen befreiungsbewegung müssen wir auch den kampf anderer gruppen(FNL, FreLiMo, PLO, IRA, ETA, CNT/FAI, Black Panther Patty, Tupamaros, RAF etc.) vermitteln.

für die knastarbeit heißt das, daß die agitation an den konkreten bedürfnissen und problemen der gefangenen ansetzen muß, um so zur selbsthilfe zu kommen. es muß schrittweise zur solidarität der gefangenen untereinander und zur durchbrechung der isolation kommen, bis hin zu knastkommunen innerhalb der anstalten. es müssen wohn- und arbeitskollektive geschaffen werden, die entlassene sofort aufnehmen können, und die eine fremdbestimmung unmöglich machen.

um alle kräfte wirksam koordinieren zu können, haben wir ein büro eingerichtet. adresse:

2 hamburg 50, lnagenfelder str. 64 d

ihr könnt euch vorstellen, daß jede unterstüz'ung gebraucht wird: infomationen, mitarbeit beim bürokram, materielle hilfe etc.

zunächst erreicht ihr uns montag, mittwoch, freitag von 12⁰⁰ bis 18⁰⁰ uhr im büro.
kommt und helft!
telfon 439 07 53

MANNHEIM (ID) ANSTALTSLEITUNG DROHT MIT MASSREGELN GEGEN DEN INNEREN GEFANGENENRAT

(aus einem brief des gefangenenrats der JVA mannheim an die zentrale der gefangenenräte:)

28. dezember die hier aufgetretenen schwierigkeiten sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die anstalt in unserer arbeit eine "organisierte solidarität" sieht, die sie im keim ersticken will. das heißt, daß sie sich vor einer organisierten macht

fürchtet. auch die art des ausweichens vor der eigenen entscheidung spricht für die verunsicherung der anstaltsleitung. sie legt jetzt alles dem justizministerium zur entscheidung vor. da die gefangenenräte und die zentrale auf eine überregionale organisation hindeuten, will die anstalt mit einem schreibverbot die von ihr befürchteten konzertierten aktionen verhindern - fordert sie jedoch damit noch mehr heraus.

wir stehen unter einem strengen erfolgszwang. solidarität und das erringen eines neuen bewußtseins setzen einen langwierigen und geduldig betriebenen prozeß der erziehung voraus. übertriebenen zeiterwartungen sollte sich deshalb niemand hingeben.

die justiz befürchtet eine organisierte rote front in den gefängnissen, die für mehr als pseudohumanistische verbesserungen kämpft. es ist deshalb damit zu rechnen, daß unsere verbindung zur zentrale abreißt. die justiz sieht in uns eine organisation, die alle knäste verbindet. somit ist die gefahr einer konzertierten aktion nicht ausgeschlossen.....

BERLIN (ID) SPENDENAUFRUF DES INNEREN KOLLEKTIVS DER STRAFANSTALT BERLIN-TEGEL

januar 74 wir wollen einen fond schaffen, aus dem genossen, die über keinerlei einkauf verfügen, versorgt werden können. wir wollen außerdem ein besonderes geldreservoir einrichten aus dem bei aktionen (streik oder dergl.) geschöpft werden kann. nur aus eigenen mitteln kann dies schwerlich geschafft werden. wir brauchen unterstützung von draußen: spenden!

wir müssen uns das, wofür wir jetzt horrende preise bezahlen müssen, in beschränktem maße und im verhältnis 1 : 1 verschaffen. um den zellenhandel, der die solidarisierung der gefangenen blockiert, hier wirksam zu bekämpfen, wäre eine investition von 500,- dm erforderlich. dieses geld wäre für das ausleihen von tabak usw. bestimmt: an solche, die vom einkauf ausgeschlossen sind, was jedem droht, der sich hier politisch engagiert.

wir würden damit den anderen gefangenen, die vor allem wegen der materiellen repressalien vor einer politischen solidarität zurückschrecken, beweisen, daß wir sie nicht im stich lassen und daß niemand im stich gelassen wird, wenn er in den bunker kommt.

spenden für das innere kollektiv können überwiesen werden an: gefangenenrat frankfurt, c/o büro goller, frankfurt, glauburgstr. 75 a, postanweisung mit dem vermerk: berlin-tegel.

BERLIN (ID) MITARBEITER DER SOLDATENZEITUNG FORWARD GEKÜNDIGT

9.dezember 73 dienstag, den 4. dezember, wurde dem amerikaner mark wolter 5 minuten vor arbeitsschluß fristlos gekündigt. sein "arbeitgeber" : die britischen streitkräfte in berlin. angegebener kündigungsgrund: keiner.

die art und weise der kündigung erinnert auffällig an den fall von jay brady und dave harris, die vor einigen wochen unter ähnlichen umständen von ihrem job auf der berliner industrieausstellung, wo sie am us-stand arbeiteten, gefeuert wurden. ebenso wie brady und harris arbeitet auch mark wolter an der soldatenzeitung forward mit. diese mitarbeit ist sowohl der berliner polizei als auch der us-armee bekannt.

wir halten diesen zusammenhang für einen neuen beweis der illegalen überwachung und politischen behinderung von zivilpersonen durch die alliierten streitkräfte in berlin.

in diesem zusammenhang weisen wir darauf hin, daß die american civil liberties union(ACLU) gerade wegen der illegalen beobachtung von der politischen tätigkeit von zivilpersonen seitens des us-militärs klage gegen das us-verteidigungsministerium erheben wird. (aus der presseerklärung der soldatenzeitung forward)

SCHWANEWEDE (ID) SOLDATENGRUPPE GEGRÜNDET

soldaten aus eine kaserne in schwanewede bei bremen haben sich zu einer politischen gruppe zusammengeschloßen. ziel der arbeit ist der kampf um die gewerkschaftliche organisierung der soldaten und zivildienstleistenden im bundesgebiet. die gruppe gibt monatlich eine zeitung heraus ("anti-barras-info"), die über ereignisse aus den kasernen, allgemeine politische fragen sowie fortschritte der antimilitaristischen bewegung informieren soll. die gruppe braucht kontakte zu ähnlichen organisationen.

kontaktadresse: Jürgen Baltrusch, 28 Bremen, Postfach 150522

DUISBURG(ID) PLAKAT DER ROTEN HILFE

13. dezember die rote hilfe duisburg hat, um ihr budget aufzubessern, ein plakat herausgegeben. es handelt sich um eine grafik, die ein gefangener in der zelle entworfen hat: ein polizist in high-noon-pose mit gezogener knarre "die polizei, genschers killer-elite oder die neue SA".

das plakat (DIN A 3, schwarz-weiss) erhält man gegen in briefmarken bei:
axel menk, 41 duisburg 28, augsburger str. 6

FRANKFURT (ID) EINLADUNG ZU KONFERENZ DES DFG/IDK

10.januar die "Deutsche Friedensgesellschaft - Internationale der Kriegsdienstgegner e.V." landesverband Hessen lädt alle interessenten zu ihrer landesdelegierten konferenz ein, die am 20.des monats im hotel Trapp in Friedberg stattfinden wird.

als wichtigstes ereignis des kommenden jahres wird die vorbereitung des zusammenschlußes mit dem verband der kriegsdienstverweigerer (VK) angesehen.

ERLANGEN(ID) "BÜCHERTISCH-PROZESS"

dezember 73 der "büchertischprozeß" (ID-nr. 12) in erlangen ist nach sieben verhaftungstagen endlich beendet, nicht ohne einen neuerlichen höhepunkt in den plädoyers des staatsanwaltes und nebenklägers zu erleben.

das studentenwerk, das durch dienstliche abhängigkeitsverhältnisse den sowieso nicht abgedeckten auftrag des kultusministeriums mit allen mitteln (vom mündlichen verbot bis zum schließen der mensa und besetzen derselben mit 200 bereitschaftspolizisten) durchsetzen und das aufstellen von büchertischen verhindern wollte, war während des prozeßes immer mehr von der verteidigung in die enge getrieben worden. das ging los mit der entdeckung eines mitschreibers im zuhörerraum, der im auftrag des hauptbelastungszeugen diesen immer vom geschehen informieren sollte, bis zu der aufdeckung, daß die feuerpolizeilichen verbote der stadt erlangen zum einen nicht zutrafen und zum anderen vom studentenwerk bei der stadt bestellt worden waren.

nachdem weitgehend die ganze begründung für das verbot sozialistischer literatur zusammenbrach (nach dem alle formalien nichts halfen, berief sich der geschäftsführer des studentenwerks schließlich auf seine "aufgabe", die mögliche verfassungsfeindlichkeit der schriften prüfen zu müssen!), waren die plädoyers von oberstaatsanwalt einhorn und nebenkläger studentenwerk, vertreten durch einen rechtsprofessor (im doppelten sinne), entsprechend:

die zeugenaussagen der polizisten, der entlastungszeugen, alles, was sich in dem verfahren als falsch und lächerlich erwiesen hatte, wurde von ihnen nicht mehr berücksichtigt, sie stellt ganz darauf ab, daß es sich bei den angeklagten

um politische straftäter handelt, die die gewalt um der konfrontation willen in ihr taktisches kalkül einbeziehen. der eine "rädelsführer" sei im übrigen seit jahren so hervorgetreten, häufe mit sicherheit strafe auf strafe, bis das maß voll sei, wogegen man rechtzeitig einen riegel vorschieben müsse: antrag daher auf gefängnisstrafe wegen hausfriedensbruch, nötigung und landfriedensbruch. der andere rädelsführer sei "ein alter kämpe", zudem vorbestraft (SPD-parteitag in nürnberg 1968) wegen auflauf und wegen verkaufs von raubdrucken. daher antrag auf 500 dm geldstrafe.

um es vorwegzunehmen: beide rädelsrührer wurden freigesprochen, weitere zwei angeklagte auch, drei wurden wegen widerstand zu geldstrafen verurteilt (100,-/200,-/100,-), vom rest der anklage ebenfalls freigesprochen. dieses sehr legalistische verhalten des richters.- er nahm die politischen begründungen zwar wahr, aber nicht auf in die urteilsbegründung, sondern hielt sich strikt an die minutiösen "tatabläufe" und zeugenaussagen - paßte den gegnerischen parteien überhaupt nicht in den kram: sie legten gegen alle urteile berufung ein.

BOCHUM (ID) AUS FLUGBLATT DER OPPOSITIONELLEN GEWERKSCHAFTER IN DER IGM

10. januar 74 mindestens ei ne woche kurzarbeit auch im februar (zum ersten mal sind auch angestellte dabei), ebenso im märz voraussichtlich wieder kurzarbeit, - das sind die bisher angekündigten mittel der geschäftsleitung, um den opelaktionären die profite zu retten. nach der vierten kurzarbeitswoche haben wir bereits über 200 mann verloren. die opelbosse aber befehlen höchstes arbeitstempo.
2.1.74 a-schicht: 500 wagen, b-schicht: 491
3.1.74 a-schicht: 514 wagen, b-schicht 510
4.1.74 a-schicht: 519 wagen, b-schicht: 514
dann machen sie kurzfristig den laden zu und spa ren so millionen.

"nach der jetzigen lage werden keine entlassungen nötig sein" - mit solchen unklaren sprüchen hält uns die geschäftsleitung in unsicherheit und schürt die angst im betrieb. wie 1966/67 sollen wir erst in l etzter minute über massenentlassungen informiert werden, damit wir keine möglichkeit haben, gegenmaßnahmen rechtzeitig vorzubereiten. durch "normale abgänge", einstellungsstopp und nicht-verlängerung von arbeitsverträgen ausländischer kollegen soll die belegschaftszahl bei gesteigertem arbeitstempo eingeschränkt werden. der vom betriebsrat geforderte und von der geschäftsleitung bisher abgelehnte sozialplan kann entlassungen nicht verhindern und ist kein ausweg für uns alle.

"auch die aktionäre sollen das risiko der freien marktwirtschaft mittragen" - mit dieser forderung versuchte g. perschke auf der letzten belegschaftsversammlung am 29/30. 11.73 die wahre ursache der krise zu vertuschen. die theorie " wir sitzen alle in einem boot" - "wir müssen jetzt alle opfer bringen" wird von seiten der regierung vertreten (brandt warnt vor "ungebührlichen tarifabschlüssen", siehe WAZ 4.1.74), ebenso von seiten der gewerkschaftsführung (vetter laut WAZ 20.12.73: "aktionseinheit" von regierung, kapital und gewerkschaft wäre notwendig) und von dem konzernherren (opel-post 12/73: "autoindustrie warnt vor zu hohen lohnforderungen ...").

was die krise bedeutet, haben wir 66/67 gesehen: ende 67 war die belegschaft gegenüber dem vorjahr um über 6800 kollegen (bochum ca. 2000) verringert, die opel-bilanz 67 aber ergab über 130 millionen dm mehr jahresüberschuß als 66! während die kleine gruppe der milliardäre noch reicher wurde, gab es für die arbeiterklasse massenarbeitslosigkeit, lohnsenkung und kapitalistische "säuberungen" und "disziplinierungen" in den betrieben. hunderte von kleinbetrieben machten pleite, während die großkonzerne durch aufkäufe ihre macht noch vergrößern und durch staatliche investitionshilfe (für noch bessere maschinen) ihre profite weiter vergrößern konnten.

rekordprofite gab es für opel laut bilanz 72, für uns aber gab es nach einer "stabilitätsgerechten" lohnerhöhung von 8,5 % die größte preissteigerungsrate seit 22 jahren! heute stehen die parkplätze voller unverkaufter fahrzeuge, und wir sollen nun mit kurzarbeit, arbeitshetze und eventuell sogar noch entlassungen für die kapitalistische profitjagd bluten.

"da muss der staat eingreifen! der staat muss den konzernen auf die finger klopfen", fordern viele kollegen.
was für einen ausweg bietet uns die regierung denn zur zeit an? sämtliche parteien, und die regierung an der spitze, sehen nur eine alternative: entweder niedrige lohnerhöhung oder arbeitslosigkeit. von "profite senken!" ist niemals die rede. -es gibt kein gesetz, und kann es auch nicht geben, das die kapitalisten zwingt, bei verringertem arbeitstempo weiter arbeiten zu lassen und auf profite zu verzichten. ganz im gegenteil:

kurzarbeit ist gesetzlich erlaubt und sichert den kapitalisten die profite, während wir vom selbst bezahlten geld leben.

massenentlassungen sind gesetzlich erlaubt und wir stehen auf der straße und "leben" vom selbst gezahlten stempelgeld.

gesetzlich unterdrückt aber wird der kampf der arbeiter gegen derartige angriffe auf unseren lebensstandard:
§ 74 betriebsverfassungsgesetz: der betriebsrat hat für den "frieden im betrieb" zu sorgen;
§79 BVG: schweigepflicht, der betriebsrat darf die belegschaft noch nicht einmal über geplante maßnahmen (entlassungen) konkret unterrichten, wenn die geschäftsleitung das verlangt!

diese beispiele zeigen, was kapitalistischer staat heißt: gesetze zur rettung und steigerung der kapitalisten-profite; gleichzeitig gesetze zur unterdrückung der werktätigen!

"und die IGM?" - fragen viele kollegen. "was wird in dieser situation aus unserer lohnforderung?" seit dem 1.1.74 sind wir im tariflosen zustand. auch die art und weise, wie die im streik erkämpfte erhöhung der leistungszulage um durchschnittlich 15 pfennig jetzt ausgezahlt wird, ist noch nicht entschieden.

18 % haben unsere vertrauensleute am 4.11.73 als forderung der opel-belegschaft aufgestellt. auf dem letzten belegschaftsversammlungen haben tausende von kollegen die forderung unterstützt: "18% = 300 dm linear für jeden"! denn aufgrund der preissteigerungen und der steuerprogression wären das netto nur 150 dm, mit denen wir gerade nur unseren lebensstandard erhalten könnte.

die große tarifkommission, die am 10.1. wieder tagt, ist bereits auf 15 % zurückgegangen und hat eine gleiche forderung für alle in mark und pfennig abgelehnt.

für die kollegen im stahlbereich sind 11 % herausgekommen. bei einem bruttolohn von 1600 dm ergibt das real keine 40 dm mehr! (tabelle WAZ 12.10.73)

die tarifrunden in den letzten jahren haben oft genug bewiesen: die IGM-führung folgt der regierungspolitik.

uns bleibt in dieser situation nur noch eine möglichkeit: gerade jetzt muß es heißen: einheit gegen alle krisenmaßnahmen, einheit für unsere forderungen herzustellen:

18 % = 300 dm linear für jeden sind die notwendige und berechtigte lohnforderung.

bei kurzarbeit voller lohnausgleich! wenn perschke + auf der letzten belegschaftsversammlung sagt: "das geht nicht, das arbeitsamt zieht uns wieder ab, was opel über das kurzarbeitsgeld hinausgibt!", dann verweisen wir auf die methoden des staates: "konjunkturzuschlag", "stabilitätsabgabe", "ergänzungsabgabe" usw. - einen namen finden sie immer. hätten wir eine kämpferische betriebsratsmehrheit, die voll auf der seite der belegschaft steht, dann wäre der lohnausgleich schon lange als "krisenzuschlag" oder in irgendeiner anderen form gefordert worden. ob diese forderung durchkommt oder nicht, hängt sowieso von uns allen ab. mindestens 50 dm im monat zusätzlich bei kurzarbeit ist die notwendige und berechtigte forderung.

keine entlassungen!

"die forderungen sind gut, was aber können wir jetzt dafür tun?" werden nun viele kollegen fragen.
a) diskussion in jeder kolonne und einig darüber ist notwendig, daß wir nicht schuld an der krise haben, daß die kapitalisten ihre millionenprofite trotz krise auf unsere kosten steigern wollen, daß wir bei unseren forderungen bleiben müssen und nur wir selbst die abwälzung der krise auf unsere knochen verhindern können. wir können nicht vertrauen auf eine gnade

der kapitalisten, auf den staat, auf die gewerkschaftsführung oder etwa unsere betriebsrats-mehrheit.
b) damit wir nicht wieder wie 66/67 möglichen massenentlassungen hiflos, unvorbereitet und ängstlich gegenüberstehen, müßte zum beispiel die vertrauenskörperleitung jetzt schon in verbindung mit den V-leuten in rüsselsheim und kaiserslautern an die geschäftsleitung einen brief schicken mit der forderung nach lohnausgleich und zusicherung, daß keine entlassungen folgen werden. der geschäftsleitung müßte klar gesagt werden: 66/67 habt ihr über 6000 mann entlassen und eure profite um 130 millionen gesteigert; die belegschaft wird derartige maßnahmen nicht mehr so einfach hinnehmen! und dieser brief müßte in allen werken über die v-leute bekannt gemacht werden. als ergebnis einer solchen aktion würde zumindest die einigkeit der belegschaft gestärkt und die entschlossenheit, sich gemeinsam zu wehren!

schon jetzt müßte der vertrauenskörper zum beispiel vorbereiten: sobald massenentlassungen bekannt werden, gibt es einen protestmarsch in die bochumer innenstadt (ev. samstags morgens). bei hoesch hat im februar 73 bereits die ankündigung eines sternmarsches von allen hoesch-werken seitens der v-leute zur zurücknahme der entlassungen beigetragen.

+perschke ist der betriebsratsvorsitzende, der während des streiks im august sagte: "suchen sie sich einen betrieb in der brd, der das getan hat, was in diesem hause getan worden ist" (für die arbeiter)

AUSLAND

MADRID (ID) TODESURTEIL UND HOHE HAFTSTRAFEN GEGEN M.I.L.-MITGLIEDER

hohe strafen hat ein spanisches militärgericht gegen mitglieder der im august 1973 aufgelösten politisch-militärischen organisation "movimento ibérico de liberatión" (MIL) verhängt. Der überraschend auf den 8.1. vorgezogene prozess endete an geheimem ort mit einem todesurteil und haftstrafen in höhe von 30 jahren bzw 5 jahren. den angeklagten wurden insgesamt 15 banküberfälle zur last gelegt. die staatsanwaltschaft bezeichnete die gruppe als "gangster" und ging auf die politischen ziele der organisation nicht ein. die mehrzahl der insgesamt 14 angeklagten saß seit september 1973 in untersuchungshaft.

die M.I.L. hatte eine nicht parteilich gebundene basisorganisation der arbeiterbewegung in katalonien und barcelona unterstützt und durch banküberfälle gelder für die arbeiterbewegungen in barcelona beschafft. (in spanien gibt es keine streikkassen, was eine häufige ursache für das zusammenbrechen von streiks ist)

die M.I.L. löste sich im vergangenen jahr auf, um in den organisationen der arbeiterbewegung mitzuarbeiten. die periode der trennung militanter aktionen von der arbeiterbewegung sei inzwischen durch die entwicklung der klassenkämpfe beendet und die bewegung selbst gewinne an militanz, hieß es in der begründung derorganisation. es sei deshalb notwendig, sich direkt in den organisationen der arbeiter für die militante ausrichtung der kämpfe einzusetzen.

FRANKREICH (ID/LIBERATION) WEIHNACHTEN IN BESETZTEN FABRIKEN

dezember 73 die belegschaft von lip hat ein riesiges weihnachtsfest veranstaltet. mehr als 750 tischgenossen, lip-leute mit ihren familien schlemmten austern, schnecken, räucherlachs, truthahn und käse "lip". (und alles für 10 dm für esser). auf dem spruchband am eingang stand geschrieben: wir trinken zusammen und wir siegen zusammen. es gab keine große diskussion, aber zufriedenheit, alle vereint zu finden, die nacht durch zusammen zu singen und tanzen zu können.

die belegschaft des "dynamic" werks in corbeil, die seit mitte dezember ihre fabrik besetzt hält, hat ebenfalls beschlossen, an weihnachten zusammen mit ihren familien das ereignis zu feiern. sie haben an ihrem arbeitsplatz ein riesenessen organisiert.

die 100 streikenden arbeiter und arbeiterinnen der schlachthäuser "donc" bei pedermec streiken seit anfang dezember. der fabrikbesitzer hat sich seitdem kein einziges mal blicken lassen und kein lebenszeichen von sich gegeben, lediglich dem gewerkschaftsdelegierten eine vorladung vor gericht geschickt und über die regionalzeitungen die streikenden beschimpft. den streikposten wurde einem jugendhaus ein großes zelt zur verfügung gestellt. und in diesem zelt wurde in der weihnachtsnacht gefeiert, um zu zeigen, daß die stimmung gut ist und damit jeder weiß, daß der kampf in pedermec weitergeht. daß das weihnachtsfest der streikenden gelungen ist, geht zu großen teilen auf das konto der bevölkerung, die soviel gespendet hat, daß jeder streikende 200 francs erhalten hat. alle kinder der betriebsangehörigen haben zu weihnachten geschenke von der bevölkerung erhalten.

WASHINGTON (ID/PNS) JOURNALISTEN AUF DER LOHNLISTE DES CIA

22. dezember 73 in der ausgabe vom 15. dezember berichtet liberation news service, daß der cia zugegeben hat, 40 amerikanische journalisten zu beschäftigen.

nach einem artikel der washington star-news vom 30. november handelt es sich um ganzzeitig-beschäftigte sowie um geheime kontaktpersonen, die auf vertragsbasis bezahlt werden. die meisten der 40 arbeiten freiberuflich oder sind "stringers" (v-leute) für zeitungen, zeitschriften oder nachrichtenagenturen; andere sind festangestellte korrespondenten.

ein langjähriger kritiker der amerikanischen presse meint dazu:" das kratzt gerade nur die oberfläche an". ein anderer radikaler journalist sagt:" dieses eingeständnis bedeutet nichts weiter, als was abzudrucken, wovon viele leute schon längst überzeugt waren". lns erinnert daran, daß auf der tagung der amerikanischen zeitungsgesellschaft (american society of newspaper) 1961 der damalige cia-direktor allan dulles, gefragt, welche die informationsquellen des cia über andere länder seien, geantwortet hatte, daß us-korrespondenten bei ihrer rückkehr vom cia unter die lupe genommen würden; sie würden in einem hotelzimmer gründlich ausgehorcht.

ein schwarzer journalist, william worthy, der dazu im bostoner "phoenix" berichtete, sagt, daß das "aushorchen" meistens von den einzelnen journalisten akzeptiert wird; aber in mindestens einem fall ließ sich ein journalist nur mit widerstreben aushorchen, nachdem seine vorgesetzten gegen seine anfängliche weigerung einspruch erhoben hatten. worthy fügte hinzu: "einige der sitzungen mit den cia-aushorchern sind ganz einträglich. ein us-reporter, der nach einem militärputsch oder sonst einem umsturz in einem land zurückkommt, z.b. den philippinen oder uruguay oder chile, kann unter umständen seinen preis selbst bestimmen." für ein "aushorchen" über eine reise nach china könnte ein journalist etwa 10.000 dollar kriegen.

IRAN(ID/IP) DIE TRUPPEN DES SCHAH MARSCHIEREN IN OMAN EIN

ein dramatischer appell der volksbefreiungsfront von Oman , am besetzten arabischen golf (FPLOGA) hat die KPI erreicht. in einem telegramm an das zentralkomitee der italienischen kommunistischen partei aus Aden schreibt der vertreter der volksbefreiungsfront wörtlich:

"persische truppen sind in die befreite zone in Dhofar eingefallen. dringende aufgabe der demokratischen und fortschrittlichen kräfte ist, den eindringenden
dringling anzuprangern und so dem volk von Oman hilfe zu bezeugen."

DOKUMENT 1 DER BRIEF EINES GEFANGENEN AN DEN LANDTAG UND DIE ANTWORT

an den landtag des saarlandes, ausschuß für eingaben

wenn auch über mich die totale isolation verhängt ist, wenn mir bei 10 abgegebenen briefen 9 einbehalten werden; ich versuche trotz allem an sie zu schreiben. seit dem 25. oktober hat man im etwa 40 briefe von mir angehalten. es muß mich keiner für so beschränkt halten, ich wüßte nicht, was ich schreibe. geben sie mir auskunft, wo ich nachlesen kann, daß es mir verboten ist, briefe zu schreiben. dieses gesetz existiert nicht. es hat kein ministerium so etwas verfügt. es ist hier verboten, eine uhr zu tragen. es ist verboten, briefe zuzukleben, denn sie müssen erst noch auf dem büro gelesen und beurteilt werden, bevor sie dann ein beamter zuklebt. es ist mir verboten, zu lesen, was ich lesen will. es ist mir verboten, aus dem fensterloch zu schauen, das in die glasbausteine eingelassen ist. ich befinde mich hier praktisch unter der erde, sehe nichts, höre nichts, bekomme kaum luft.

in der dienstvollzugsordnung ist die teilnahme an gemeinschaftsveranstaltungen vorgeschrieben. - ich komme nicht einmal in die kirche.

glauben sie, daß ich unter den gegebenen umständen zu einem freund dieser regierung werde? man hat hier schon elefanten, löwen, sogar menschen gebändigt. es wird nur eine frage der zeit sein, mich zu schaffen. human, was wäre hier human? daß mir alles verboten ist. was hier geschieht, glaubt ihnen kein mensch in einer strafanstalt außerhalb des saarlandes ...

deshalb eine bitte an sie: gehen sie nicht achtlos mit unseren problemen um, die man an sie heranträgt...

antwort des ausschusses für eingaben:

der ausschuß des saarländischen landtages für eingaben hat sich mit ihrer eingabe befasst. die überprüfung ihrer eingabe hat ergeben, daß ihre beschwerden als unbegründet anzusehen sind und daß keine veranlassung besteht, der regierung irgendwelche maßnahmen zu empfehlen. der ausschuß hat daher ihre eingabe als erledigt erklärt. eingehend hat sich der ausschuß mit der frage der briefzensur befaßt. eine veranlassung, auf die zur zeit bestehenden regelungen bezüglich der briefzensur ändernd einzuwirken, besteht nach auffassung des ausschusses für eingaben nicht.

DOKUMENT 2 TECHNOKRATEN DER SEELE

es ist unbestritten, daß isoliert wird, " aus sicherheitsgründen, um die ermittlung oder die ordnung der anstalt nicht zu gefährden". konkret bedeutet das für den gefangenen, daß tendenziell jeder soziale kontakt nach draußen und im innern der anstalt unterbunden wird (soziale isolierung) und, in der konsequenz dieser maßnahmen, ein fast vollständiges aushungern der seh-, hör-, riech-, geschmacks- und tastorgane (sensorische deprivation).

bei den zuständigen stellen scheint sich der eindruck zu verfestigen, daß solche sicherheits-, ermittlungs- oder ordnungsgründe künftig verstärkt in betracht kommen: in frankfurt/m.-preungesheim wurde anfang juni 73 ein untersuchungsgefängnis in betrieb genommen, daß die isolation systematisiert und baulich für alle gefangenen möglich macht. bereits bekannt geworden sind die betonmauersichtblenden vor jedem zellenfenster. dabei wird der verdacht, daß es sich um geplante und systematisierte maßnahmen handelt, noch durch eine andere tatsache erhärtet: die zumindest in europa perfektionierteste

und intensivierteste forschung zum thema isolation und deprivation wird derzeit im laboratorium für klinische verhaltensforschung im uni-krankenhaus eppendorf der uni hamburg durchgeführt. dort gibt es mit einem großen technischen aufwand hergestellten absolut "stillen raum", in dem versuchspersonen derart isoliert und depriviert werden können, daß selbst im raum erzeugte geräusche nicht wahrgenommen werden können. die zeichnung, die der beschreibung dieser "camera silens" beigefügt ist, scheint den akten eines modernen frankensteins entnommen zu sein. voll stolz berichten die erfinder vom schwingungsfrei aufgehängten "raum im raum", von den 12 hi-fi lautsprechern in rundum anordnung, durch die der raum beschallt werden kann, von der infrarot fernsehkamera, mit deren hilfe die "vp" ständig beobachtet, von richtmikrofonen und förstersonde, mit deren hilfe jede bewegung und lageveränderung registriert werden kann. vollständigkeit aber wird erst erreicht sein, "wenn unsre polyphysiographische ausrüstung mit telemetrischer datenübermittlung in benutzung genommen wird (16 kanäle). vorgesehen sind multiple eeg-ableitungen, ekg-, pgr-, erg- und atemfrequenz-registrierung." dazu noch ein gerät zur aufzeichnung von magenmotilität.

diesem perfektionismus der forschungsmethoden steht die scheinbare gleichgültigkeit und naivität der forscher bezüglich des forschungszwecks gegenüber. auf anfrage läßt der erfinder, prof.dr.med.jan gross, seinen mitarbeiter, dipl.psych. p. kempe, mitteilen, "bisher" handele es sich "ausschließlich um grundlagenforschung wobei die in unserem laboratorium erzielten bedingungen als modellsituation für andere, unter bestimmten bedingungen auch im alltag realisierte lebensbedingungen dienen können". beschwichtigend fügt er hinzu, "daß mögliche spätere ergebnisse unserer arbeitsgruppe wohl eher dazu angetan sein würden, solche faktoren des strafvollzugs (Isolation) zu eliminieren."
(frank olaf radtke, wiener neues forum, dez.73)

LETZTE MELDUNG

BERLIN(ID-WESTBERLIN) SRAFANZEIGE WEGEN VERSUCHTER TÖTUNG UND UNTERLASSENER HILFELEISTUNG (presseerklärung)

10. januar 1974

meine mandantin, frau Katharina Hammerschmidt, hat mich beauftragt, eine strafanzeige bekanntzumachen, die ich in ihrem auftrage gegen die für die verweigerung angemessener ärztlicher hilfeleistung in der vollzugsanstalt für frauen verantwortlichen personen erstattet habe. zur bekanntgabe dieser strafanzeige, die die information über art und ausmaß ihrer erkrankung einschließt, hat sich meine mandantin - unter zurücksetzung ihrer eigenen interessen - entschlossen, mit rücksicht auf die allgemeine bedeutung für die haftbedingungen insbesondere politischer gefangener.

meine mandantin, die nach auffassung der staatsanwaltschaft der unterstützung der roten armee fraktion und einer urkundenfälschung verdächtig ist, befand sich in der zeit vom 30. 6. 72, nachdem sie sich freiwillig dem strafvollzugsverhör gestellt hatte, bis zum 30. nov. 1973 in untersuchungshaft in der vollzugsanstalt für frauen in berlin. nach ihrer entlassung aus der untersuchungshaft am 30. nov. 73 wurde sie zur stationären behandlung eines bösartigen tumors in das klinikum steglitz eingewiesen. die auf diese erkrankung hindeutenden ersten anzeichen - anschwellen von hals, gesicht und brust sowie qualvolle atem- und schluckbeschwerden - sind bereits ende september 1973, als sich meine mandantin noch in der haftanstalt befand, aufgetreten. diese krankheitssymptome haben sich - auch in äußerlich sichtbarer weise durch starkes weiteres anschwellen von gesicht und hals - während der monate oktober/november 1973 in drastischer weise verschlimmert.

gleichwohl wurde in kenntnis der verschlimmerung des zustandes meiner mandantin seitens der haftanstalt und der dort behandelnden ärzte aus eigener initiative nichts unternommen, um zu einer einwandfreien diagnose und damit zum beginn einer therapie zu gelangen. lediglich durch die von dem verteidiger durchgesetzte hinzuziehung eines arztes des klinikums steglitz konnte die einleitung der für die diagnose erforderlichen untersuchungen und die entlassung von frau Hammerschmidt aus der untersuchungsahft zwecks stationärer behandlung im klinikum erreicht werden.

der staatsanwaltschaft und dem gericht war bereits im oktober 1973 , spätestens jedoch im november 1973, die bedenkliche verschlimmerung der erkrankung meiner mandantin bekannt, ohne daß seitens dieser instanzen aus dem gesichtspunkt der fürsorgepflicht ein eingreifen für erforderlich gehalten worden wäre. die dringend notwendige ausführung von frau Hammerschmidt zwecks untersuchung im klinikum ist seitens des gerichts wegen eines angeblichen sicherheitsrisikos abgelehnt worden. dadurch ist eine weitere erhebliche verzögerung der diagnose und damit des beginns der therapie eingetreten . gegen die für das unterlassen, die verhinderung oder dem aufschub der dringend gebotenen ärztlichen maßnahmen verantwortlichen personen wird von meiner mandantin der vorwurf der versuchten tötung erhoben, weil sich die verantwortlichen personen die verzögerung des beginns der behandlung der schwerwiegenden erkrankung meiner mandantin und der sich daraus ergebenden verschlechterung der ausgangslage für diese behandlung gebilligt und in kauf genommen haben.

die skandalösen begleitumstände - z. b. die verbringung in eine menschenunwürdige arrstzelle ohne rücksicht auf die erkrankung von frau Hammerschmidt - und die zynische äußerung mancher für die ärztliche betreuung verantwortlichen personen ("sie haben nichts" oder "das kommt vom brüllen und vom hungerstreik") ergeben ein äußerst düsteres bild der haftbedingungen, denen politische gefangene unterworfen sind. umso berechtigter ist die forderung, den sachverhalt, der gegenstand der strafanzeige ist, vollständig aufzuklären und die verantwortlichen zur rechenschaft zu ziehen. die öffentlichkeit ist aufgerufen, diese forderung zu unterstützen.

Schilly, rechtsanwalt

Berlin, 10. Jan. 1974

am donnerstag, dem 17. jan. 74, um 19 uhr findet eine veranstaltung über die medizinische versorgung und die situation von politischen gefangenen im audimax der tu statt. die organisatoren dieser veranstaltung sind noch nicht bekannt.